

**19. April 2018, Volkshaus**

**Sozialkonferenz Basel - Fachtagung im Rahmen der Reihe «Wirtschaft und Armut»**

*«Zu jung für die Rente, zu alt für die Arbeit» - Wie können die Arbeitsmarktchancen von Über-50-Jährigen verbessert werden?*

**Es gilt das gesprochene Wort.**

Sehr geehrte Damen und Herren

„Zu jung für die Rente, zu alt für die Arbeit“. So der Titel der heutigen Fachtagung. Immer mehr Menschen ab 50 finden sich in der Schweiz in diesem Dilemma wieder.

Jeden Monat werden im Kanton Basel-Stadt etwa **30 Personen** über 50 ausgesteuert. Eine Person jeden Tag. Das Thema beschäftigt mich und bereitet mir zunehmend Sorgen. Es ist nicht neu - schon seit Jahren zeichnet sich die Entwicklung ab. In den letzten Jahren hat sich die Situation akzentuiert.

Die **Zahlen** sprechen eine klare Sprache: Zwar sind Personen über 50 grundsätzlich immer noch weniger stark von Arbeitslosigkeit betroffen als Jüngere. Und auch im internationalen Vergleich belegt die Schweiz einen Spitzenplatz bei der Erwerbsbeteiligung von älteren Personen. Das Problem beginnt aber bei der Kündigung: Wenn ältere Arbeitnehmende ihre Stelle verlieren, haben sie ungleich grössere Schwierigkeiten, beruflich wieder Fuss zu fassen als Jüngere. Die Stellensuche von über 50-Jährigen dauert ca. **1.5 Mal länger** als bei Personen unter 50. Ältere Arbeitslose haben ein überproportionales Risiko zur Langzeitarbeitslosigkeit.

keit: mehr als **jede zweite** arbeitslose Person ab 55 ist langzeitarbeitslos.

Auch nach der Aussteuerung bleibt die Erwerbslosigkeit bei den über 55-Jährigen höher. Ich halte es für alarmierend, dass es der Mehrheit der Ausgesteuerten in dieser Altersgruppe nicht mehr gelingt, eine nachhaltig existenzsichernde Arbeit zu finden – und das unabhängig von ihren Qualifikationen. Nur **14%** der ausgesteuerten über 55-Jährigen können wieder nachhaltig im Arbeitsmarkt Fuss fassen – das ist nur jede siebte Person. Bei **17%** gelingt dies noch teilweise. Die grosse Mehrheit aber – **zwei Drittel** aller Ausgesteuerten – findet nur noch eine minimale oder nicht existenzsichernde Tätigkeit oder arbeitet gar nicht mehr. (*Studie Berner Fachhochschule 2017 im Auftrag des SECO*)

Der Verlust der Arbeitsstelle bedeutet in unserer Gesellschaft sehr viel mehr als der Verlust der finanziellen Unabhängigkeit. Der Beruf ist Teil unserer **Identität**, ermöglicht soziale Interaktion und strukturiert den Tag.

Mit der Aussteuerung verstärkt sich dieser schmerzvolle Prozess des **persönlichen und sozialen Abstiegs** sehr oft rasant. Die Betroffenen müssen Schritt für Schritt ihr Vermögen aufbrauchen – Wohnung, Auto, Erspartes... alles was über die Jahre und Jahrzehnte erarbeitet wurde. Gleichzeitig fallen die Beiträge an die Pensionskasse weg, was sich markant auf die zukünftige Rente auswirkt.

Erst wenn das **Vermögen bis auf 4000 Franken** aufgezehrt ist besteht ein Anspruch auf Sozialhilfe. Viele verzichten aus Scham auf den Gang zur Sozialhilfe und versuchen sich auf eigene Faust irgendwie über Wasser zu halten. Die Folgen sind Armut, Desintegration und oft hohe gesundheitliche Folgekosten.

Die **Sozialhilfe** ist konfrontiert mit einer jährlich steigenden Anzahl von älteren Sozialhilfebeziehenden, die keine Stelle mehr finden. In Basel-Stadt hat die Zahl der Personen, die von der Sozialhilfe unterstützt werden, zwischen 51 und 65 in den letzten zehn Jahren um **51%** zugenommen. Ende 2017 waren es 2'146 Personen.

Wir haben es hier mit einem wachsenden und ungelösten sozialen Problem zu tun, das sehr **vielschichtig** ist und für das es keine simplen Lösungen gibt. Die Sozialhilfe oder das RAV können das Problem nicht allein bewältigen. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Alle Kräfte – Politik, Behörden, Arbeitgeber und Betroffene sind gefordert, hier nach Lösungen zu suchen.

Inzwischen haben sich **Betroffene** in zahlreichen Vereinen und Verbänden organisiert: etwa der Verband Avenir 50plus, der Fachverband SAVE 50Plus und der in Basel gegründete Verein Workfair 50+, um nur einige zu nennen. Diese Organisationen betreiben wichtige Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit. Sie machen mit Petitionen, Veranstaltungen oder Vernehmlassungen auf das Problem und ihre Anliegen aufmerksam.

Ich habe den Eindruck, die Ernsthaftigkeit des Problems ist inzwischen im **Bewusstsein von Politik, Behörden und Institutionen** angekommen.

Es gibt immer mehr parlamentarische Vorstösse zum Thema, sowohl im Bundesparlament als auch hier im Grossen Rat. Es finden vielerorts **Veranstaltungen zum Thema** statt. Im vergangenen Monat wurde an

einem Podium in Riehen diskutiert. Heute hier an der Sozialkonferenz. Und in einer Woche lädt Bundesbern zur Konferenz „Ältere und Arbeitsmarkt“ – es ist bereits die vierte nationale Konferenz zu diesem Thema.

Ich bin froh, dass das Thema auch in **Bundesbern** angekommen zu sein scheint. Es wurden auch bereits einige Massnahmen im Bereich Wiedereingliederung, Qualifikation und Sensibilisierung beschlossen. Allerdings sind diese Massnahmen relativ unverbindlich und greifen zu kurz. Es sind momentan keine gesetzlichen Bestimmungen oder zusätzliche Ressourcen für den Schutz von älteren Arbeitnehmenden geplant.

Einig sind sich alle: es muss etwas getan werden. Es ist klar, dass es neue Modelle für ältere Arbeitslose braucht, aber welche?

Ich möchte kurz einige **Handlungsansätze** ansprechen:

Einen Streitpunkt bilden immer wieder die **altersabhängigen Pensionskassenbeiträge**. Sie standen schon immer im Verdacht, einen entscheidenden Nachteil für die älteren Stellensuchenden darzustellen. Das Parlament hat auch schon mehrmals über eine Aufhebung der altersabhängigen Staffelung diskutiert und es jeweils wieder verworfen, zuletzt 2012. Es ist umstritten, ob die höheren Lohnnebenkosten wirklich das Hauptproblem darstellen – sind ältere Arbeitnehmende der Wirtschaft schlicht zu teuer?

Persönlich glaube ich, dass die hohen Pensionskassenbeiträge nur eines von vielen Hindernissen sind. Ich habe den Eindruck, dass vor allem **Vorurteile** auf Seiten der Arbeitgeber eine grosse Rolle spielen: die Annahme, ältere Arbeitnehmende seien prinzipiell weniger flexibel, weniger

dynamisch, weniger lernfähig, weniger produktiv und weniger gesund. Hinzu kommen Weiterbildungsdefizite. Der rasante technologische Umbruch hat zu einem hohen Qualifizierungsdruck geführt.

Auch immer wieder ins Feld geführt wird die Frage nach einem besseren **Kündigungsschutz** für ältere Arbeitnehmende. Auch dieser Vorschlag ist umstritten: Wie kann eine gesetzlich verankerte Andersbehandlung gerechtfertigt werden? Und wäre die Massnahme nicht kontraproduktiv, weil sie die Gefahr birgt, dass Arbeitgeber niemanden mehr einstellen wollen, dem sie nicht mehr kündigen können?

Einen weiteren Vorschlag, den ich für sehr interessant und vielversprechend halte, hat die **SKOS** – die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe - im Februar lanciert:

Gemäss dem Vorschlag sollen Personen ab 55 nicht mehr ausgesteuert werden, sondern bis zum Pensionsalter in der Arbeitslosenversicherung bleiben und weiterhin durch die RAV in den Arbeitsmarkt vermittelt werden. Davon soll profitieren, wer mindestens 20 Jahre gearbeitet hat und seine Stelle erst ab 55 verliert.

Diese Lösung soll zu einer besseren Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt führen und zudem die Sozialhilfe entlasten. Die **Sozialhilfe** ist als temporäre bedarfsabhängige Unterstützung in Notsituationen angelegt. Sie ist der falsche Ort für Menschen über 55 Jahren, die erst in den letzten Berufsjahren arbeitslos werden und weiterhin eine Stelle suchen. Denn damit übernimmt die Sozialhilfe faktisch die Funktion einer überbrückenden Rente bis zur Pensionierung. Die Sozialhilfe ist aber keine „Arbeitslosenversicherung II“.

Diese Lösung würde auch verhindern, dass betroffene Personen gezwungen sind, ihr Ersparnis bis auf 4'000 Franken aufzubrechen, bevor sie durch die Sozialhilfe unterstützt werden. Damit kann der sozialen Abstieg mit Altersarmut, Isolation und gesundheitlichen Problemen und mit entsprechend erheblichen Folgekosten für den Staat und die Gesellschaft vermieden werden

Ich begrüße den Vorschlag der SKOS und halte den Ansatz für sehr prüfenswert. Wir werden die entsprechenden Entwicklungen auf nationaler Ebene mit Interesse verfolgen. Wie ich gesehen habe, wurde im März im Nationalrat bereits ein entsprechendes Postulat eingereicht.

Bei all diesen Massnahmen und Vorschlägen zur Verbesserung der Situation scheint mir eines zentral: Massnahmen auf Seiten des Sozialsystems allein können das Problem der über 55-jährigen Arbeitslosen nicht lösen. Es braucht vor allem auch einen **Wandel in der Wirtschaft**. Es braucht Unternehmen, die Menschen über 50 Jahre anstellen - und vor allem nicht leichtsinnig entlassen.

Es braucht ein Umdenken. Die Wirtschaft kann nicht eine Erhöhung des Pensionsalters fordern - und zugleich in Kauf nehmen, dass es immer mehr ältere Langzeitarbeitslose gibt.

Ich sehe verschiedene **Handlungsfelder für Unternehmen**:

Erstens muss künftig der **Qualifizierung und Weiterbildung** älterer Arbeitnehmender mehr Beachtung geschenkt werden. Zweitens sollte ein konstruktives **Miteinander aller Generationen** in den Betrieben bewusst

gefördert werden. Es geht dabei auch um die Frage, wie die Erfahrung und das Know-How der Älteren an die Jüngeren weitergegeben werden kann.

Und drittens halte ich es für zentral, dass wir uns mit neuen Formen der **Arbeits- und Arbeitszeitgestaltung** für die Berufsphase ab 50 oder ab 55 auseinandersetzen. Es gibt verschiedene Möglichkeiten diese letzte Phase bis zur Pensionierung so zu gestalten, dass die Arbeitnehmenden gesund, zufrieden und leistungsfähig bleiben.

Die älteren Arbeitnehmenden sind ein grosses und wichtiges Arbeitskräftepotenzial. Es geht nun darum, gute Rahmenbedingungen zu schaffen, um dieses **Potenzial** effizient zu nutzen. Ich bin zuversichtlich, dass die Verantwortlichen in den Betrieben und Unternehmen sich mit diesen Themen auseinandersetzen und neue Wege ausprobieren, um für die Zukunft gerüstet zu sein.

Angesichts des demographischen Wandels und angesichts des steigenden Fachkräftemangels bin ich überzeugt: Wir können es uns nicht leisten, dass Arbeitnehmende schon vor der Pensionierung aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden.

Menschen ab 50 sind noch keine Rentner, sondern sie stehen mitten im Leben.

Ich bin froh, dass Sie alle hier sind, um Lösungsvorschläge zu diskutieren und neue Wege einzuschlagen. Ich wünsche Ihnen allen eine anregende Tagung und bedanke mich für Ihr Interesse und Ihr Engagement in diesem wichtigen Thema.